

Nach der Atombehörde reden auch der Bundesrat und die Baselbieter Regierung die Gefahren eines Atomunfalls schön.

AKW-Unglück? Kein Problem!

Dunst statt Klarheit: Welche Gefahr geht wirklich von Atomkraftwerken aus?
Im Bild: AKW Gösgen.

FOTO: KEYSTONE



von Michael Rockenbach

Welche längerfristigen Folgen hat ein schweres Unglück in einem AKW tatsächlich? Was ging vergessen in den bisherigen Notfallszenarien, welche Gefahren wurden unterschätzt?

Das fragten sich die Bundesbehörden in Bern, die Atombehörde in Brugg und die Verantwortlichen in den Kantonen nach «Fukushima», dem 11. März 2011, als an Japans Ostküste das bisher Unvorstellbare plötzlich Realität wurde: eine Kernschmelze im AKW, in den Blöcken 1 bis 3. Grosse Mengen von Radioaktivität traten aus und verseuchten nicht nur Luft und Boden, sondern auch das Grundwasser und das Meer. Während Tagen, Wochen und Monaten.

Was, wenn es in Beznau, Gösgen, Leibstadt oder Mühleberg einen ähnlichen Unfall gäbe und Aare und Rhein vergiftet würden, die Trinkwasserquelle von Hunderttausenden von Menschen flussabwärts?

Dieser Frage ging das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) im Auftrag des Bundesrates in Folge von «Fukushima» erstmals ernsthaft nach. Und die Atomschutzbehörde ging dabei so vor, wie es Sicherheitsbehörden häufig tun. Sie verfasste einen Bericht, in dem die Probleme zwar angetönt werden, aber nur ganz vorsichtig, damit sich die Kernbotschaft aller Sicherheitsverantwortlichen weiter aufrechterhalten lässt: Wir haben alles im Griff, auch wenn die eine oder andere Anpassung nötig ist. Die «bestehenden Abläufe und Massnahmen des Notfallschutzes» seien «geeignet, um die Menschen und die Umwelt zu schützen», heisst es im Ensi-Papier vom Oktober 2013 zur «Radiologischen Schadstoffausbreitung in Fließgewässern». Die Bevölkerung in der Region Basel zum Beispiel könne auch ohne Nachschub aus dem Rhein während 175 Tagen mit Trinkwasser versorgt werden.

Eine Beurteilung voller Fehler

Das klang beruhigend. Leider war aber eine ganze Reihe von Angaben in dem Bericht fehlerhaft: Die Liste der Trinkwasserbezüger entlang von Aare und Rhein; die Wassermenge, die den beiden Flüssen entnommen wird; die nach den Erfahrungen in Fukushima erstmals hochgerechnete Menge an radioaktivem Wasser, die auch in der Schweiz aus einer AKW-Ruine strömen kann – alles falsch.

Kein Thema war für das Ensi zudem, dass das Rheinwasser in der Muttener Hard auch für den Grundwasserberg abgepumpt werden muss, der die Trinkwasserbrunnen vor Giften aus den nahegelegenen Chemiemülldeponien schützt.

Die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) deckten die Fehler auf, und nachdem im Dezember auch mehrere Medien, darunter die TagesWoche, darüber berichtet hatten, wurden auf verschiedenen Ebenen Politiker aktiv. In Bern reichte der Solothurner SP-Nationalrat Philipp Hadorn einen Vorstoss ein, in Basel-Stadt

die grüne Grossrätin Mirjam Ballmer, im Baselbiet der grüne Landrat Jürg Wiedemann, in Solothurn SP-Gemeinderat Reiner Bernath. Und sie alle stellten die Fragen nochmals, die das Ensi eigentlich hätte beantworten müssen: Welche längerfristigen Folgen könnte ein schweres Unglück in einem Schweizer AKW tatsächlich haben? Was ging vergessen in den bisherigen Notfall-Szenarien, welche Gefahren wurden unterschätzt, gerade im Bereich der Trinkwasseraufbereitung und -versorgung?

Unklar sind nicht nur die Gefahren, sondern auch die Zuständigkeiten im Ernstfall.

Bis heute liegen die Antworten des Bundesrates, der Basler und der Baselbieter Regierung vor – und sie sind ähnlich widersprüchlich und teilweise verharmlosend, wie der Ensi-Bericht es schon war. Das fängt bei den Wassermengen an, mit denen die Atombehörde in Bezug auf die Region Basel gerechnet hat. Während die noch vergleichsweise kritische Basler Regierung diese schlicht als «nicht korrekt» bezeichnet, verteidigen die Kollegen auf dem Land ähnlich wie der Bundesrat das Ensi: Die Atombehörde habe die Daten von der Wasserversorgerin, den Industriellen Werken Basel (IWB), übernommen, womit diese also stimmen müssten. Mit dieser Behauptung versuchte sich das Ensi schon im Dezember zu verteidigen – zu Unrecht, wie die IWB damals in der TagesWoche klarstellten.

Immerhin räumt die Baselbieter Regierung im Gegensatz zum Ensi nun ein, dass die von wo auch immer übernommenen Angaben nicht ganz korrekt seien, wobei dieser Fehler aber «nicht relevant» sei, wie die Regierung weiter schreibt. Ebenso wenig scheint sie zu beunruhigen, dass das Ensi nur die kontaminierte Wassermenge in ihre Überlegungen einbezog, die in Fukushima kurz nach dem Unglück ausgeströmt war. Dabei flossen dort auch danach noch Hunderte Tonnen verseuchtes Wasser in die Gewässer – eine Katastrophe, die auch in der Schweiz nicht auszuschliessen ist.

Umso arger ist dieser Fehler, als auch die Zuständigkeiten im Ernstfall unklar sind. Die Regierungen beider Basel halten fest, dass «die Federführung zur Bewältigung von Ereignissen nationaler Tragweite, die Bevölkerung, Tiere und Umwelt durch erhöhte Radioaktivität gefährden oder beeinträchtigen», gemäss ABCN-Verordnung von 2010 «beim Bund» liege. Der Bundesrat dagegen verweist lieber auf die Verordnung über die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in Notlagen von 1991, in der die Kantone für «Anordnung und Vollzug der Notfallschutzmassnahmen» verantwortlich gemacht werden; Bund und Ensi würden demnach nur «unterstützend» wirken.

Selbstverständlich kennen auch die Behörden von Basel-Stadt und Baselland diese Vorschriften. Im Gegensatz zum Bundesrat entnehmen sie dem Regelwerk aber, dass im Notfall nicht in erster Linie Bund und Kantone die Trinkwasserversorgung

Chemiemülldeponien – das spezielle Problem der Region Basel

Während sich die Behörden in Bundesbern und Liestal nach dem fehlerhaften Ensi-Bericht aufs Abwiegen verlegen, wird in Basel auch gehandelt. «Die Katastrophe in Fukushima hat uns gezeigt, wie abhängig unsere Trinkwasserversorgung vom Rhein ist», sagt Kantonschemiker Philipp Hübner: «Vor diesem Unfall rechnete noch niemand damit, dass auch die Gewässer längerfristig kontaminiert werden könnten.» Die Notfallkonzepte seien zuvor primär auf Luft und Boden ausgerichtet gewesen und würden nun angepasst. «Die IWB haben ihre Lehre gezogen und sind daran, die Abhängigkeit vom Rhein für den Notfall zu minimieren», so Hübner.

Konkret geht es um die Nutzung von Wasserressourcen aus dem Birstal, die besser erschlossen werden sollen, um eine weitere Aufbereitung des Rheinwassers mit Aktivkohle sowie um eine Grundwasseranreicherung in den Längen Erlen mit Wasser aus der Wiese statt aus dem Rhein.

Probleme werden ausgeblendet

Speziell an der Situation in der Region Basel ist zudem, dass das Rheinwasser in der Muttener Hard nicht nur zur Trinkwassergewinnung versickert wird. Mit einem Teil des Wassers wird der sogenannte Grundwasserberg erzeugt, der die Trinkwasserbrunnen vom Gift abschirmt, das in der Umgebung in den Chemiemülldeponien von BASF, Novartis und Syngenta liegt. Ohne diesen Schutz wäre das Wasser für rund 230 000 Menschen in der Region nach den vom Ensi für den Notfall ausgerufenen 175 wasserreichen Tagen wohl längst verschmutzt.

Nur bedingt beruhigt in diesem Zusammenhang auch die Versicherung der Baselbieter Regierung, von der Deponie Feldreben gehe nach der Sanierung keine Gefahr mehr aus. Denn erstens gibt es in dem Gebiet auch daneben noch einige Altlasten. Und zweitens weist die Basler Regierung darauf hin, dass es sich bei den bevorstehenden Arbeiten nur um eine Teilsanierung handelt und ein Abfluss aus der Deponie zu den Trinkwasserfassungen auch in Zukunft nicht ausgeschlossen werden kann ohne zusätzlichen Schutz durch den Grundwasserberg.

sicherzustellen hätten, sondern die Gemeinden und die Trinkwasserversorger wie die Hardwasser AG und die IWB in der Region Basel. Diese wiederum wären sogar noch bereit, die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen; gegenüber den Regierungen der beiden Basel haben sie sich aber beklagt, dass ihnen die dafür nötigen Katastrophenszenarien fehlen. Die entsprechenden Angaben sind beim Ensi zwar angefordert worden, die AKW-Betreiber halten die Informationen aber offenbar zurück.

Leere Versprechen

So werden die Verantwortlichkeiten hin und her geschoben, bis sich niemand mehr wirklich verantwortlich fühlt. Welche Folgen das haben kann, zeigte sich im Juni 2011 in einem vergleichsweise noch harmlosen Fall, als die Betreiber des AKW Leibstadt mit Javelwasser und über zwei Tonnen des Biozids THPS gegen Legionellenkeime vorgingen. Das verschmutzte Kühlwasser liessen sie in den Rhein ab, ohne dass sie oder das Ensi die Umweltbehörden, Trinkwasserproduzenten und Energiewerke rheinabwärts informiert hätten. Diese merkten in den Tagen danach bei Routinemessungen, dass der Rhein ungewöhnliche Substanzen mit sich führte – und verzichteten während fast eines Monats bis nach Köln vorsichtshalber auf die Entnahme von Trinkwasser.

Entsprechend gross war der Ärger, als sich schliesslich doch noch der Grund für die scheinbar unerklärlichen Messwerte herausstellte. Danach sollte alles besser werden in der Kommunikation und der Aufgabenverteilung. Ein Versprechen, das die Bundesbehörden und das Ensi nach der verunglückten Putzaktion und – erst recht – nach dem Unglück in Fukushima abgaben. Beruhigende Worte, auch das. Nur leider hatten auch sie offenbar wenig mit der Realität zu tun.

tageswoche.ch/+zoxck

×

ANZEIGE



ECHTE BURGEN
15. November 2013 bis 29. Juni 2014
Museum für Geschichte / Barfüsserkirche / Basel

FALSCHER RITTER?

hmb Museum für Geschichte
BARFÜSSERKIRCHE / BASEL

Di – So 10 – 17 h
www.hmb.ch

f t y p